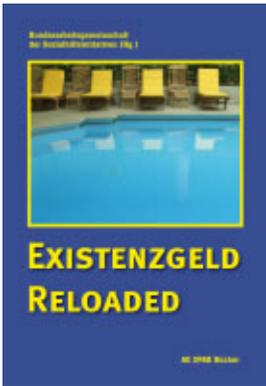


Harald Rein*



Existenzgeld für alle!

Warum wird das Konzept Existenzgeld überarbeitet?

„Ein Lied geht durch Europa. Ein Lied über ein Einkommen für alle, Mann, Frau oder Kind, egal ob man in dem Land, in dem man lebt und dieses Einkommen bezieht, auch geboren ist.“¹ So hieß es Ende der neunziger Jahre zusammenfassend in einem Resümee der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen“ (BAG-SHI)² zur Entwicklung der Idee eines Existenzgeldes. Mittlerweile kann von einem ganzen Orchester gesprochen werden, das mit unterschiedlichen Dirigenten und Solisten sowie dissonanten Notensetzungen durch Europa zieht. Kaum ein Tag ohne Berichterstattung oder Veranstaltung über das Für und Wider eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), nach über zwanzig Jahren Dornröschenschlaf wird eine Idee wach geküsst. Allerdings nicht von einem, sondern von vielen Prinzen!

Inzwischen haben nicht nur aktive Erwerbslosengruppen, sondern auch WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen unterschiedlichster Parteizugehörigkeit, KapitalvertreterInnen u.a. erkannt, dass das Vollbeschäftigungsideal kein realistisches Ziel mehr darstellt, der Zusammenhang von Lohnarbeit und Sozialstaat damit ad absurdum geführt wird und die Gefahr von sich ausbreitenden Teilhabeauseinandersetzungen zunimmt.

Diese Entwicklung hat zwar zu einem quantitativen Sprung in der öffentlichen Wahrnehmung des BGE geführt, gleichzeitig aber unsere inhaltlichen Aussagen weiterhin minoritär gelassen. Im Unterschied zu früheren Zeiten sind wir zwar gern gesehene Diskussionsgäste, geraten aber regelmäßig in eine Abgrenzungsdynamik, indem wir deutlich machen müssen, was wir nicht wollen, bevor es überhaupt dazu kommen kann, eine eigenständige Positionsbestimmung zu leisten. Andere bestimmen das Tempo und die Ausrichtung der Diskussion. So beispielsweise der frühere Geschäftsführer der dm-Drogeriekette Götz Werner, der mit großem materiellen Einsatz seit längerem durch Deutschland tourt und seine Ansichten über ein BGE vorstellt bzw. diese in Anzeigenkampagnen in alle deutschen Zeitungen und Zeitschriften drucken lässt. Oder der Präsident des „Hamburger Weltwirtschaftsinstitut“ Thomas Straubhaar, der einen dritten Weg zwischen „Marktradikalismus“ und „Zentralverwaltungswirtschaft“ anvisiert, mit Hilfe der „Deregulierung des Arbeitsmarktes“ und einer „sozialen Absicherung – und das bedeutet heute bedingungsloses Grundeinkommen“.³ Ein gefundenes Fressen für die Kritiker von links!⁴ Mit einem bunt zusammengewürfelten Zitatenschatz versuchen sie, das Existenzgeld in die Nähe von neoliberalen Modellen zu stellen und es mit Kombilohnexperimenten gleichzusetzen. Sie können dies auch deshalb so ungeniert praktizieren, weil wir es bisher nicht geschafft haben, unsere grundlegenden Aussagen zum Existenzgeld⁵ weiter auszuarbeiten und deutlicher und klarer die Unterschiede zum BGE-Mainstream darzustellen.

Das soll sich mit dem vorliegenden überarbeiteten Text ändern.

Bereits auf dem ersten Bundeskongress der Arbeitslosen 1982 in Frankfurt⁶ stand die Forderung nach einem „Recht auf Einkommen“ im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. In ihr spiegelte sich bereits ein grundlegender Konflikt wieder, der auch viele Jahre später an Aktualität nicht verloren hat: Der Impuls zur Formulierung einer systemsprengenden, egalitären Forderung nach Existenzgeld kam nicht von Seiten einer hauptsächlich auf Lohnarbeit ausgerichteten Arbeiterbewegung, sondern aus dem Ideenspektrum von Arbeitslosen und prekär Beschäftigten (damals so genannte JobberInnen). Besonders im norddeutschen Raum versuchten soziale Initiativen Anfang der achtziger Jahre sowohl eine Verbindung zwischen den verschiedenen Widerstandslinien innerhalb und außerhalb der Fabriken zu finden als auch gemeinsame Handlungsstrategien mit Erwerbslosen und Sozialhilfeinitiativen zu entwickeln. Als strategische Forderung entstand aus diesen Erfahrungen im Dezember 1992⁷ der Ansatz „Existenzgeld“ der „Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut“ und eine überarbeitete Fassung im Dezember 1996⁸ durch die mittlerweile von unabhängigen Erwerbslosengruppen gegründete „Bundesarbeitsgemeinschaft Erwerbslose“ (BAG-Erwerbslose). Fast gleichzeitig veröffentlichte die „Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen“ (BAG-SHI) ein Papier mit dem Titel „Existenzgeld für alle statt eines Lebens in Armut“⁹ und verabschiedete ihre Thesen zum Existenzgeld auf einer Bundestagung im Mai 1998 in Erfurt.¹⁰ Während die Erwerbslosengruppen eher die Unvereinbarkeit der Forderung mit der kapitalistischen Realität betonten und deshalb auch bewusst auf eine konkrete Höhe des Existenzgeldes verzichteten, hoben die Sozialhilfegruppen die Möglichkeit der bereits jetzt bestehenden Realisierbarkeit einer solchen Forderung hervor. Mit Hilfe einer eigenen Bedarfsberechnung und einer spezifischen Finanzierungsgundlage formulierten sie einen Vorschlag zur Höhe des Existenzgeldes.¹¹

Bis etwa 2005 dümpelte die Forderung nach einem Existenzgeld als teilweise belächelter und kaum diskutierter Ansatz eines Teiles der auf Bundesebene agierenden unabhängigen Erwerbslosen- und Sozialhilfegruppen in einem politisch luftleeren Raum. Es interessierte sich schlichtweg niemand, weder die erstarkten sozialen Bewegungen noch die autonomen Gruppen, für diesen Ansatz einer gesellschaftlichen Veränderung.¹² Immerhin kann bis in die neunziger Jahre von einem wohlwollenden Konsens über diese Forderung unter den Erwerbsloseninitiativen gesprochen werden. Selbst die *Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen* (KOS) verschickte in dieser Zeit noch Aufkleber an ihre Gruppierungen mit dem Aufdruck: „Existenzgeld für alle statt Behörden-Almosen!“.

Dieser inhaltliche „Ausrutscher“ blieb ein Einzelfall, wenn auch einzelne Initiativen im gewerkschaftlichen Spektrum dem BGE nicht abgeneigt sind. Mit der Abhängigkeit der KOS von gewerkschaftlichen Finanzierungsspritzen setzte diese sich, analog zu den Positionen der Einzelgewerkschaften, auch deutlicher von der Perspektive Existenzgeld ab.¹³

Nicht ganz unbeeindruckt von der jahrelangen Debatte zeigten sich auch die *„Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung“*, die zwar in Einzelbeiträgen für Renten und Sozialtransfers ein Mindesteinkommen (in Höhe von 50 Prozent des Bruttoinlandprodukts pro Kopf) fordern, aber sich strikt gegen eine Bedingungslosigkeit der Auszahlungen wenden und von einem zu fordernden Mindestlohn ausgehen, der „deutlich“ über dem Mindesteinkommen liegen müsse.¹⁴ Dennoch tauchen immer wieder Flugblätter dergleichen Gruppierung auf, in denen zum Beispiel „Ein garantiertes Grundeinkommen für ganz Europa“ in den Mittelpunkt gestellt wird. Und auch die zentrale Forderung „Arbeit und Einkommen für Alle – Überall“ für den aktuellen Euromarsch 2007 zeigt die Unterschiedlichkeit der Diskussion innerhalb dieser Gruppierung.

Elegant löst der *„Arbeitslosenverband Deutschland e.V.“* (ALV) diese Problematik. In einer Stellungnahme im Juni 2005 heißt es: „Der Arbeitslosenverband Deutschland e.V. fordert daher ein armutsverhinderndes und diskriminierungsfreies Mindesteinkommen für Nicht-Erwerbstätige und einen existenzsichernden Mindestlohn für Erwerbstätige“. Nach diesem Bekenntnis zu einer Grundsicherung erfolgt dann die perspektivische Sicht: „Langfristig orientieren wir auf die Durchsetzung eines ausreichenden bedingungslosen Grundeinkommens für alle Menschen, damit auf die Ermöglichung des selbstbestimmten Tätigseins und Lebens mit und ohne Erwerbsarbeit“.¹⁵

Anders dagegen das *„Aktionsbündnis Sozialproteste“* (ABSP), in deren zentralen Aussagen, neben „Erwerbsarbeit verteilen – 6-Stunden-Normalarbeitstag!“ die Forderung „Hartz-Gesetze zurücknehmen – bedingungsloses Grundeinkommen! Gesetzlicher Mindestlohn!“¹⁶ zu finden sind.

Und schließlich ist einer der exponiertesten Vertreter des Existenzgeldes unter den Erwerbslosengruppen die *„Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiativen“* (BAG-SHI)¹⁷. Sie arbeitet auch am *„Runden Tisch gegen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung“* (bis Oktober 2006 „Runder Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen“) mit. Seit Februar 2000 treffen sich drei bis viermal im Jahr in diesem Netzwerk unterschiedliche Bundes- und Landesorganisationen der Erwerbslosen. In Zusammenhang mit der Debatte um das Existenzgeld organisierten Vertreter des Runden Tisches auf dem verdi-Perspektivenkongress in Berlin unter anderem am 15.05.2004 drei Workshops zum „Bedingungslosen Grundeinkommen“¹⁸, gehörten zu den Gründungsmitgliedern des *„Netzwerk Grundeinkommen“*¹⁹ am 09.07.2004 (ebenfalls in Berlin) und leisteten inhaltliche Beiträge auf der internationalen wissenschaftlichen Konferenz „Grundeinkommen. In Freiheit tätig sein“²⁰ vom 7. bis 9.10.2005 in Wien. Neben dieser Zusammenkunft sei auch auf das zweite Treffen von „Die Kosten rebellieren“ am 29. April 2006 in Hamburg verwiesen, in dem das Thema Existenzgeld aus internationalistischer Sicht diskutiert wurde. VertreterInnen aus der Schweiz, Spanien und Argentinien brachten aus ihren spezifischen Erfahrungen neue Aspekte in die Diskussion ein (siehe auch den Beitrag „Internationale Konzepte“ S. 110). Ergebnis war: Existenzgeld kann und darf nur als globales Projekt gedacht und umgesetzt werden.

Bereits an dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass es den VertreterInnen des Existenzgeldes nicht ausschließlich um die Höhe einer bestimmten Forderung geht, sondern auch um die gleichberechtigte Betonung des Kampfes um einen ausreichenden Mindestlohn und einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Personal- und Lohnausgleich sowie die Unterstützung des Kampfes für die Rechte von Flüchtlingen und die Legalisierung des Aufenthaltes Illegalisierter.²¹ Hinzu kamen die Forderungen nach einer kostenlosen sozialen bzw. öffentlichen Infrastruktur und nach einer generellen Neuausrichtung der Steuer- und Finanzpolitik des Bundes.

Grundsicherung als Reformansatz im Kapitalismus

In den siebziger Jahren gab es in Deutschland eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit und Zerstörungskraft von kapitalistisch organisierter Lohnarbeit. Diese verschwand in dem Maße, wie es weniger Arbeitsplätze gab und der moralische Druck zunahm, keine Ansprüche mehr an Lohnarbeit zu stellen. Sie wird als gesellschaftlich notwendig erachtet und als Grundlage sozialer Integration angesehen.

Es mag stimmen, dass der Mensch tätig sein will, aber will er deshalb auch Lohnarbeit?

„Freiheit ist das Leben als Tätigkeit, nämlich als autonomes, selbst bestimmtes Handeln“,²² so der liberale Soziologe Dahrendorf. Entfremdete, abhängige Erwerbsarbeit als Quelle der Selbstverwirklichung wird damit ausgeschlossen. Dennoch gilt in der Gesellschaft als wahres Tun nur die Lohnarbeit. Erwerbslosigkeit erhält das ideologische Klischee des Nichtstuns; Glück und Arbeitslosigkeit schließen sich aus. Mit entsprechendem materiellem und moralischem Druck wird so die Entwicklung von Lebensentwürfen, die sich nicht am Lohnarbeitsmodell orientieren und die nicht von Konsumismus und Leistungsethik getragen sind, be- und verhindert.

Dass es gerade Erwerbslose waren, die eine Forderung nach Existenzgeld entwickelten, hing damit zusammen, dass sie praktisch als erste erkannten, dass die Versprechungen von Politik und Wirtschaft auf Vollbeschäftigung in der Realität scheiterten und in der Regel Personen außerhalb regelmäßiger Erwerbstätigkeit am ehesten geeignet waren (und sind), eine Lebensperspektive in Frage zu stellen, die ausschließlich die Lohnarbeit als Sinn des Lebens akzeptiert. Und viele erkannten, dass eine Grundsicherung im Kapitalismus, egal ob sie mit Sozialhilfe oder Hartz IV umschrieben wurde, nicht zum normalen Leben reichen soll; Angst vor Armut soll ein Faktor bleiben, um die Ausbeutbarkeit zu sichern.

Ziel behördlicher „Vermittlungs“-Aktivität ist die Gewährleistung der Nichtinanspruchnahme von Leistungen oder die Annahme von Arbeit zu jedem Preis und zu jeder Bedingung. Dazu wird ein riesiger Behördenapparat aufgebaut, ausgestattet mit einem ausgeklügelten Sanktionsinstrumentarium und einem großen Repertoire an in der Regel aussichtslosen und unsinnigen „Integrations“-Maßnahmen.

Bedingungen zu setzen, also Auflagen zu erteilen, für den Erhalt von materieller Unterstützung, heißt in Zeiten einer immensen Produktivitätssteigerung mit immer geringer werdendem Arbeitskräfteeinsatz „Arbeit selbst zum herstellenden Produkt“ (Anders, 1987)²³ werden zu lassen oder „Brücken“ in den ersten Arbeitsmarkt zu bauen, die zwangsweise errichtet werden, aber schnell als Luftnummern wieder in sich zusammenbrechen, um dem nächsten Beschäftigungsprogramm zu weichen. Der Realität einer nichtwiederkehrenden Vollbeschäftigung wird die Praxis von erzwungenen Arbeitseinsätzen entgegengesetzt. Dieser Entwicklung tragen die oft gutgemeinten Vorschläge von Grundsicherungsbefürwortern keine Rechnung. Für sie ist, trotz manchmal kritischer Bewertung, die Erwerbsarbeit Grundlage des menschlichen Fortschritts, diese muss allen zugänglich gemacht werden und für den Rest muss es eine auskömmliche Grundsicherung geben. Unberücksichtigt bleibt, dass ein Großteil der Erwerbslosen weniger unter fehlenden Arbeitsplätzen leiden, als vielmehr unter materiellen Entbehrungen und systematischen Entwürdigungen auf den für sie zuständigen Ämtern. Viele Erwerbslose sind ohne Erwerb, aber dennoch tätig. Sie engagieren sich in politischen, künstlerischen, kooperativen, sportlichen oder anderen gesellschaftlichen Bereichen, legen den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf Hausarbeit, Kindererziehung etc. – erhalten aber dafür keine ausreichende finanzielle Unterstützung.

Erwerbslose werden beruflich degradiert und erniedrigt, zu unsinnigen Trainingsmaßnahmen, Weiterbildungen, Coachings, Profilings, Eingliederungsseminaren, Bewerbungstrainees usw. gezwungen und schließlich in Jobs vermittelt, nur um einige Fürsorgeeuros im Monat zu beziehen – auf der Strecke bleiben Lebensentwürfe, positive Erwartungen, Eigeninitiative und Phantasie.

Aber gerade die Möglichkeit, ohne materiellen Druck und ohne Zwang zur Lohnarbeit zu existieren, ist unabdingbare Voraussetzung für die Entfaltung von sozialer Phantasie und wirklicher Innovation zur Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse, oder wie es Andre Gorz formuliert: „Nur die Bedingungslosigkeit kann die Unbedingtheit der Aktivitäten wahren, die nur um ihrer selbst willen ausgeführt sinnvoll sind“.²⁴

Existierende Grundsicherungsmodelle, wie die „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ nach dem Sozialgesetzbuch II in Form des Arbeitslosengeld II oder die „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ nach dem Sozialgesetzbuch XII stellen keine Alternative dar, weil hier der Begriff der „Grundsicherung“ pervertiert wird.

Als Vorrang gilt in diesem Kontext die Erwerbsarbeit, mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt. Daneben soll eine Sicherung des Existenzminimums erfolgen, für diejenigen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht am Erwerbsarbeitsprozess teilnehmen können. Voraussetzung ist der Bedarfsfall, das heißt, es gibt eine Bedürftigkeitsprüfung. Die sozialen Sicherungssysteme sollen in diesem Sinne reformiert werden, sie bleiben von der Struktur her aber unangetastet.

Demgegenüber steht die Voraussetzungslosigkeit des Erhaltes von Existenzgeld. Es existiert ein Rechtsanspruch, das heißt, jedem einzelnen Bürger wird eine ausreichende materielle Absicherung zuerkannt. Also keine Bedürftigkeitsprüfungen und keine Abhängigkeit von zu leistenden Arbeiten. Die Sozialsysteme werden ersetzt.

Grundsicherung	Grundeinkommen
Nur Bedürftige	alle in Deutschland ständig lebenden Menschen
Haushalt-/Familienbezug	Individualbezug
Bedürftigkeitsprüfung	keine Bedürftigkeitsprüfung
Mit Arbeitsverpflichtung/-zwang	ohne Arbeitsverpflichtung/-zwang
Erwerbszentriert	Entkoppelung von Arbeit und Einkommen

Unterschiedliche Ansätze zum bedingungslosen Grundeinkommen

Ob ökonomischer Aufschwung oder Abschwung, Rezession, Inflation etc., ein Großteil der wirtschaftlich und politisch Mächtigen geht mittlerweile davon aus, dass es unabhängig davon, ob dies gewünscht wird oder nicht, Vollbeschäftigung im Sinne einer für jeden zu garantierenden Existenzsicherung nicht mehr geben wird. Dadurch gerät auch die Finanzierung des Sozialstaates über Versicherungsbeiträge in die Krise. Alternativen müssen auch von diesen Kreisen gesucht werden. Denn es geht darum, das Wachstum der Profite weiter zu gewährleisten und möglichen Gedanken über eine andere Art und Form der Verteilung/Aneignung gesellschaftlichen Reichtums zuzukommen. Vor diesem Hintergrund sind bestimmte Vorschläge aus dem Lager der Industrie, der Politik und der Wissenschaft einzuordnen. Es ist der Versuch, eine Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft so zu lösen, dass die Ausbeutung von Lohnabhängigen auf erhöhtem Niveau fortgeführt werden kann, sozialstaatliche Leistungen noch weiter zurückgeführt werden können, während Erwerbslose einen minimalen Ausgleich erhalten, verbunden mit der „Freiheit“, den Armutslohn mit irgendeinem Niedriglohn aufzustocken.

Von einer generellen gesellschaftlichen Arbeitsreduzierung kann nicht gesprochen werden, allerdings von einer systematischen Arbeitsverbilligung, einem rasanten Vordringen von Teilzeitarbeit, Leiharbeit, befristeter Beschäftigung etc. Um einen Kern von gut Verdienenden sammeln sich prekär Beschäftigte, während Millionen Erwerbslose auf dem Leiharbeitsmarkt gehandelt oder als Hartz-IV-Bezieher drangsaliert werden, ohne jemals die Möglichkeit auf einen existenzsichernden Arbeitsplatz zu erhalten. Der Kritik an Hartz-IV soll mit einem niedrig bemessenen BGE begegnet werden, eine elegante Lösung den lästigen Sozialstaat zum Verschwinden zu bringen, die Auseinandersetzung über die uneffektiven und schnell sanktionierenden Jobcenter zu beenden und ein Potenzial an Arbeitssuchenden für Niedriglohnjobs zu produzieren, die nicht mehr von der Arbeitsverwaltung gezwungen werden, sondern „selbstbestimmt“ ergänzende Lohntätigkeiten finden müssen. Diese Konzepte antizipieren gesellschaftliche Konflikte durch wachsende Ungleichheit.

Vorschläge aus diesem Zusammenhang für ein bedingungsloses Grundeinkommen können als Rettungsring für den Kapitalismus bezeichnet werden. Es soll der soziale Frieden gesichert werden.

Das „solidarische Bürgergeld“ von Dieter Althaus (Ministerpräsident Thüringen, CDU)

Sein Vorschlag beinhaltet ein „Solidarisches Bürgergeld“ in Höhe von monatlich 800 Euro, wovon 200 Euro für Kranken/Pflegeversicherung abgehen. Er nennt dies ein soziokulturelles Existenzminimum. Es soll an jeden Bürger ohne Bedürftigkeitsprüfung (ab 15 Jahre, sonst 500 Euro), bei gleichzeitigem Wegfall aller anderen Sozialleistungen in Form der negativen Einkommenssteuer ausgezahlt werden. Da er davon ausgeht, dass es genügend Arbeit im Niedriglohnssektor gäbe, diese aber brach liege, weil mit Hartz-IV und 400-Euro-Job das Interesse sich an diesen Arbeiten verringere, setzt er mit der Höhe seines BGE auch auf eine Erhöhung des Anreizes, Arbeit – gleich welcher Art – aufnehmen zu müssen.

Bis zu einem Lohn von 1600 Euro Lohn beträgt – so das Modell – die Besteuerung 50 Prozent, sie wird mit dem Bürgergeld verrechnet, darüber hinaus gehende Einkommen werden mit 25 Prozent besteuert. Wer arbeitet, hat in dieser Logik mehr netto als der, der nicht arbeitet. Beiträge zu Sozialversicherungen fallen weg, eine staatliche Rentenversicherung ist nicht nötig, da das Bürgergeld bis ins Alter gezahlt wird.

Bei höherem Bedarf (z.B. bei Behinderung) kann es einen bedürftigkeitsgeprüften individuellen Bürgergeldzuschlag geben. Wiederholte Schwarzarbeit führt zum Verlust des Anspruchs und es werden nur noch Bezugsscheine ausgestellt. Wer arbeitslos wird und eine zusätzliche Absicherung (z.B. Rente) wünscht, muss dafür privat vorsorgen.

Mittlerweile wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt, an der unter anderem die Mitglieder des *Netzwerkes Grundeinkommen* Michael Opielka und Wolfgang Strengmann-Kuhn mitarbeiteten.²⁵

Dieses Modell steht allerdings in direktem Widerspruch zu den vier Prinzipien, die sich – mit Unterstützung der anwesenden Erwerbslosengruppen – das *Netzwerk Grundeinkommen* bei seiner Konstituierung 2004 in Berlin gegeben hat: Das BGE soll existenzsichernd sein im Sinne der Sicherung einer basalen gesellschaftlichen Teilhabe, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen, ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt werden und keinen Zwang zur Arbeit bedeuten.²⁶

Es zeigt sich, dass der Vorschlag von Althaus nicht existenzsichernd ist, da im direkten Vergleich der ohnehin schon zu niedrige Regelsatz plus Unterkunftskosten beim Arbeitslosengeld II bei diesem Bürgergeld nochmals unterschritten würde.

Beispiel: Ein Alleinstehender in Frankfurt/M. erhält durchschnittlich 347 Euro Regelsatz plus rund 450 Euro Unterkunftskosten (bei 50 qm), also 795 Euro Arbeitslosengeld II (inklusive Kranken-/Pflegeversicherung und minimalster Rentenbeiträge). Beim Bürgergeld erhält der Alleinstehende nur 600 Euro! Erwerbslose wären, trotz Bürgergeld, genötigt, jede Arbeit annehmen zu müssen und die Altersarmut wäre in noch stärkerem Maße vorprogrammiert, da eine höhere Rente nur durch private Vorsorge möglich wäre und dies könnte dann in der Regel nicht auch noch finanziert werden.

Das bedingungslose Grundeinkommen von Thomas Straubhaar der Leiter des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI).

Er nimmt die direkten Leistungen des deutschen Sozialbudgets mit rund 620 Milliarden Euro und teilt dieses durch die Zahl der bundesdeutschen Einwohner. Heraus kommt ein Grundeinkommensbetrag von 7525 Euro im Jahr für alle. Dies entspricht einem Grundeinkommen von 627 Euro im Monat, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung. In seinem Konzept gibt es keinen Kündigungsschutz, keinen Mindestlohn, kein Flächentarif und keine freiverhandelbare Löhne mehr. Die Löhne werden ins Rutschen kommen und es entsteht ein „attraktiver“ Niedriglohnssektor mit hunderttausenden von neuen Jobs. Für ihn ist klar, dass die Mehrheit der Menschen weiterarbeiten muss, da das Grundeinkommen so niedrig angesetzt ist; Arbeit um jeden Preis, weil das Grundeinkommen weit unter der Armutsgrenze liegt.

Jedes zusätzliche Einkommen (Löhne, Zinsen, Mieteinnahmen, Kapitalerträge) wird vom ersten Euro an mit 35% besteuert, zudem soll es eine Mehrwertsteuer von 25% geben.

Klarer als Althaus verdeutlicht Straubhaar auch die ideologische Komponente seines Vorschlages: „Wir müssen ... überlegen, wie wir einen sozialen Fußboden einziehen, der klare und verbindliche Grundlagen schafft. Das müssen wir, weil wir kein Interesse daran haben können, dass sich das untere Drittel mit den restlichen zwei Dritteln der Gesellschaft in die Haare gerät. Der Fußboden heißt übrigens staatliches Grundeinkommen: Es dient dazu, dass der Gutverdienende und Kapitalist in Ruhe seine Arbeit machen kann.“²⁷

So auch seine Bemerkung während eines Podiumsgesprächs in Hamburg: »Man muss die Menschen schon noch etwas Druck spüren lassen. Wer sich mit dem Grundeinkommen begnügt, soll ein vergleichsweise hartes Leben haben.«

Zusammenfassend äußert sich der Politikberater Hönigsberger zu all diesen Vorschlägen eines BGE: „Grundeinkommen, Bürgergeld beseitigen nicht die sozial spaltenden Folgen der kapitalistischen Ökonomie. Aber sie machen sie besser aushaltbar. Sie zu gewährleisten ist die Pflicht der demokratischen Republik.“²⁸ Dabei verkennt er, dass nahezu sämtliche Modelle unter der Armutsgrenze operieren und damit soziale Spaltungen exzessive vertiefen. Besser auszuhalten sind derartige Visionen allenfalls für die herrschenden, für die Ungleichheit ein produktiver Faktor ist.

Eine zweite Form eines bedingungslosen Grundeinkommens stellt sich als sofort verwirklichtbare Forderung zum Fortbestand oder zur Entwicklung des Gemeinwohls dar.

Das bedingungslose Grundeinkommen von Götz Werner dem früheren Leiter der Drogeriemarktkette „dm“ und Professor an der Universität-Karlsruhe.

Aufgrund seiner treffgenauen Analyse der derzeitigen Arbeitsmarktpolitik, kommt er zu dem Schluss: „Hartz IV ist offener Strafvollzug ... quält Menschen, zerstört ihre Kreativität.“²⁹

Konsequent fordert er: „Wir müssen den Menschen ein Grundeinkommen geben, sodass die Menschen eigentlich nicht mehr darauf angewiesen sind, arbeiten zu müssen, sondern dann arbeiten können mit dem, was sie als sinnvoll erachten.“³⁰

Bezüglich der Höhe eines möglichen Grundeinkommens äußert er sich unterschiedlich. Mal spricht er von 1500 Euro³¹, mal von einem Einstiegsgrundeinkommen zwischen 750 und 850 Euro³². Zur Finanzierung dieses Grundeinkommens sollten alle Steuern, bis auf die Mehrwertsteuer, abgeschafft werden. Diese könnte nach Werners Auffassung bis auf 50 Prozent angehoben werden, wobei er sich sicher ist, dass es dann zu keiner Erhöhung der Lebenshaltungskosten kommen würde, da die höhere Konsumsteuer durch die wegfallende Ertragsbesteuerung ausgeglichen wird. Zudem könnte die Mehrwertsteuer sozial gestaltet werden.

Mit seinen anthroposophischen Grundlagen setzt er sich für den Zusammenhalt und den Fortbestand des Gemeinwohls ein. Klassengesellschaft, kapitalistische Ökonomie und die private Aneignung von gesellschaftlich produziertem Reichtum sind für ihn keine Kriterien. Dass Gemeinwohl kein neutraler Begriff sein kann, sondern von den Interessen und Zielen derer bestimmt ist, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung die Definitionsgewalt über das, was Gemeinwohl zu sein hat, besitzen, steht nicht zur Debatte. Er hofft auf die Kraft der Überzeugung, das bessere Argument soll wirken und Veränderungen antreiben. Deshalb glaubt Werner an die Möglichkeit der sofortigen Umsetzung eines Grundeinkommens, ohne dass sich politische Strukturen oder ökonomische Grundlagen verändern müssten. Denn, dass es so nicht weitergehen kann, sieht er sehr deutlich. In einem Interview mit dem STERN äußert er sich so – (Frage): „Sie sind ein Träumer. (Antwort): Nein. Begreifen Sie doch endlich, wir können nicht mehr so weitermachen wie bisher ... (Frage): Im Klartext: Sie haben Angst, dass die Arbeitslosen rebellieren, das Wirtschaftssystem prinzipiell infrage stellen? (Antwort): Vielleicht ja.“³³

Die Gruppe „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ um den Sozialwissenschaftler Sascha Liebermann u.a.³⁴

Ihre Analysen widerlegen überzeugend die Auffassung, dass zwischen Arbeitszwang und Arbeitsleistung ein automatischer Zusammenhang bestehe. BGE fördere innovative Ideen, ohne Existenzsorgen zu haben, und stärke so die Autonomie der Bürger, da jeder als Bürger grundsätzlich anerkannt würde. Der Gruppe gebührt für ihre kompromisslose Verteidigung der Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens Respekt. In aktuellen Statements auf ihrer Website decken sie regelmäßig theoretische und politische Schwachstellen der Konzeptionen von ProtagonistInnen (aber auch von ausgewiesenen KritikerInnen) des bedingungslosen Grundeinkommens auf.

Aber auch bei *Freiheit statt Vollbeschäftigung* findet sich eine recht neutral gehaltene Analyse der Gesellschaft. In ihren Thesen sprechen sie von einer Stärkung der Familie, der Unternehmen und der Volkswirtschaft, ohne diese Begriffe zu hinterfragen.

Der Kritik der Gruppe *links-netz* in einer Vorbemerkung zum Abdruck eines Textes von Sascha Liebermann ist beizupflichten. Sie kritisieren das Fehlen einer sich aus den bestehenden Produktionsverhältnissen begründeten Analyse der Ausbeutungs- und Herrschaftsbeziehungen und führen weiter aus: „Wenn das existierende ‚Gemeinwesen‘ als ‚Gemeinschaft der Bürger‘ bezeichnet wird, gänzlich unvermittelt von der ‚Solidarität der Bürger als Grund des Gemeinwesens‘ gesprochen wird, bürgerliche Öffentlichkeit als ‚eigenständige Sphäre pluralen Streits‘ erscheint, ‚Anerkennung als Zweck an sich‘ gilt und schließlich auch noch der ‚moderne Nationalstaat‘ zur Grundlage von alledem erklärt wird, so geschieht genau dies: die Ausblendung von Klassenverhältnissen und in den ökonomischen Verhältnissen begründeter Herrschaft. Liebermann thematisiert eine in der einschlägigen Debatte oft vernachlässigte Frage, nämlich die nach der Form emanzipativer Vergesellschaftung, die einen anderen Umgang der Gesellschaft mit sich selbst und mit der Regulierung der Arbeit möglich machen würde. Ohne eine materialistisch-

gesellschaftskritische Perspektive gerät die Antwort darauf allerdings zu schlechter Utopie und endet beim abstrakten Moralappell. Gänzlich offen bleibt damit auch, wie die Wege dahin aussehen könnten“.³⁵

Unser Konzept Existenzgeld

Das Konzept Existenzgeld unterscheidet sich grundlegend von den bisher vorgestellten Ansätzen eines BGE. Es handelt sich um ein bedingungsloses Grundeinkommen als gesellschaftspolitische Alternative. Es geht deshalb nicht allein um die individuelle Geldzuweisung.

Hierbei steht auch der Begriff Existenzgeld³⁶, im Unterschied zu den vielseitig verwendeten Begriffen bedingungsloses Grundeinkommen oder Grundeinkommen, für einen bestimmten Inhalt, der im Weiteren vorgestellt werden soll.

Wie bereits erwähnt beurteilen wir Vorschläge zu einem BGE nach den Kriterien des *Netzwerk Grundeinkommens*³⁷. Darüber hinaus stellen sich für uns aber noch weitere Fragen, deren Beantwortung, zur Einordnung unterschiedlicher Vorstellungen wesentlich ist.

In welchem politischen Kontext steht die Forderung nach einem BGE? Wird das vorhandene Gesellschaftssystem als gegeben vorausgesetzt und geht es nur um eine mögliche Implementierung des BGE in das bestehende Sozialversicherungssystem? Oder anders ausgedrückt: Geht es um die Bewahrung der gesellschaftlichen Strukturen oder um eine grundlegende Veränderung? Wenn „was und wie produziert und wie das Produzierte ausgetauscht wird“³⁸ die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist, muss auch die Rolle der kapitalistischen Produktionsweise bzw. der Funktion von Lohnarbeit mitreflektiert werden!

Neben diesen grundlegenden Fragen ergeben sich weitere Nachfragen:

- Welche Zwischenschritte können zum politischen Ziel führen (etwa von der bedarfsgerechten Grundsicherung zum BGE)?
- Wo gibt es Verbindungslinien zwischen unterschiedlichen Forderungen (Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, BGE, Forderungen zur Legalisierung von Flüchtlingsrechten und zum Aufenthalt von Illegalisierten, Forderungen gegen die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur)?
- Was ist jetzt bereits möglich, welche Ansprüche gibt es an die Gesundheitsversorgung, an die Wohnqualität, an Bildung und an Mobilität?

Existenzgeld ist die Antwort von Erwerbslosen auf Armut, Arbeitslosigkeit und unterbezahlte Beschäftigung. Damit ist ein radikal anderes System der Existenzsicherung für alle verbunden.

Die Debatte über das Konzept Existenzgeld innerhalb der Erwerbslosengruppen intensivierte sich zu einem Zeitpunkt als verschiedene Regierungen den „Umbau“ des Sozialstaates in Angriff nahmen, bei gleichzeitigem Scheitern des „Realsozialismus“. Der Sturz des DDR-Regimes wurde in der Medienöffentlichkeit gleichgesetzt mit dem Scheitern gesellschaftlicher Phantasien und dem Denken von Utopien. Das Nachdenken über Alternativen zu dem Bestehenden galt als antiquiert, Utopien als für immer gescheitert.

In dieser vorherrschenden Stimmungslage bezogen ein Teil der organisierten Erwerbsloseninitiativen Position gegen den allgemeinen Trend, nur noch Realpolitik auf der Basis kapitalistischer Entwicklung zu akzeptieren.

Im Unterschied zu anderen Vorschlägen, orientieren wir uns an der Notwendigkeit einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung. Als zentralen Aspekt heben wir die politische und soziale Utopie von Emanzipation und Befreiung von Herrschaft hervor, – wobei wir diese Diskussion über ökonomische und politische Alternativen, die den Kapitalismus überwinden helfen und die politisch-parlamentarische Repräsentanz in Frage stellen, als Entwicklung sehen, ohne irgendeine spezifische Vorstellung zu präferieren. Was wir allerdings glauben zu wissen ist, dass der Kampf um ein Existenzgeld alternative Sprengkraft besitzt, um nicht nur Denkweisen zu verändern, sondern auch scheinbar unverrückbare gesellschaftliche Strukturen anzugreifen.

Wir stellen ein kapitalistisches System in Frage, dass trotz immensen gesellschaftlichen Reichtums immer umfassendere Armut produziert und nicht in der Lage ist, Massenarbeitslosigkeit zu verhindern.

Wir stellen ein kapitalistisches System in Frage, das von der Ausbeutung Einzelner sowie ganzer Kontinente seinen Reichtum in privater Form anhäuft. Dies schließt auch eine Auseinandersetzung über die Art und Weise, wie die Arbeit organisiert ist, und was für wen produziert wird, mit ein. Die Orientierung der Produktion an den Bedürfnissen der Produzenten und damit die gesellschaftliche Aneignung der Arbeit erhalten einen besonderen Stellenwert³⁹ in unserem Konzept.

Wir stellen ein System in Frage, das uns Lohnarbeit als alleinige Voraussetzung für eine befriedigende Existenz verkauft. Mehr denn je sollen unsere Kräfte und unsere Phantasie durch Arbeitsmoral gebunden werden.

Wir verdeutlichen mit unserem Konzept, dass unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen Schritte zu einem Existenzgeld erkämpft werden müssen, um die Voraussetzungen für ein anderes Leben und Arbeiten zu schaffen. Wir zeigen gleichzeitig auf, dass die materielle Voraussetzung für eine existenzielle Absicherung für alle vorhanden sind und es politisch entschieden bzw. erkämpft werden muss, wie der gesellschaftliche Reichtum herzustellen und zu verteilen ist.

Wir verdeutlichen mit unserem Konzept, dass die Höhe der Forderung eine wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erlauben muss, anstelle der Teilhabe am Existenzminimum (und darunter).

Wir treten ein für die Entkoppelung des Existenzgeldes von jeglichem Zwang zur Lohnarbeit, zur Bürgerarbeit oder Gemeinwohlarbeit, wollen den Übergang von der Lohnarbeit zur Tätigkeitsgesellschaft unterstützen und richten uns gegen jede geschlechtshierarchische Arbeitsteilung.

Die hier formulierten Ansprüche auf grundlegende politische und ökonomische Veränderung fehlen in allen uns bekannten Grundeinkommenskonzepten.

Im Unterschied zu vielen weiteren Grundeinkommensvorschlägen gehen wir von einem entwickelten bündnispolitischen Ansatz in Form der Triadenforderung *Existenzgeld*, *Mindestlohn* und *Arbeitszeitverkürzung* aus. Zudem sehen wir im Ansatz der Gruppe *linksnetz* aus Frankfurt den differenzierten Versuch Sozialpolitik sowohl perspektivisch (Was ist unser Ziel?) wie auch tagespolitisch (Was brauchen wir jetzt?) zu verbinden⁴⁰. Diesem Ansatz fühlen wir uns verbunden.

Die Forderung nach einem Existenzgeld strebt als sozialpolitisches Ziel die Aufhebung der Spaltungen innerhalb der Armutsbevölkerung (in Arbeitslose, GrundsicherungsbezieherInnen, NiedriglöhnerInnen, RentnerInnen usw.) an, als provokative Forderung verdeutlicht sie, dass auch gegessen werden darf, ohne sich dem kapitalistischen Verwertungsprinzip unterwerfen zu müssen, und als aufklärerische Komponente beinhaltet sie die Aussage, dass Lohnarbeit kein unveränderbares Schicksal darstellt. Ein Existenzgeld in diesem Sinne

- richtet sich gegen Armut und soll von Existenzängsten befreien,
- richtet sich gegen den Zwang, Niedriglohn-Jobs oder andere Zwangstätigkeiten annehmen zu müssen,
- richtet sich gegen Lohnsenkungen und Erpressbarkeit von ArbeitnehmerInnen,
- richtet sich gegen Bürokratieauswuchs und kostspielige Arbeitsmarktprogramme,
- will, dass auch andere Tätigkeiten vollzogen werden können,
- fördert die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern,
- stärkt die Eigenverantwortung (es erlaubt allen, ihre Besonderheiten, unterschiedliche Fähigkeiten, Wünsche und Lebensstile unbekümmert zu entfalten),
- will eine gerechtere Verteilung von Einkommen,
- will ein universelles Menschenrecht auf Leben in Würde,
- tritt für ein anderes Wirtschaften und sorgsamem Umgang mit natürlichen Ressourcen ein und
- will eine Veränderung gesamtgesellschaftlicher Werthaltungen und Zielsetzungen.

Existenzgeld ist ein einklagbarer individueller Rechtsanspruch auf ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Höhe von 800 Euro monatlich zuzüglich tatsächlicher Wohnkosten und dem Betrag für die Kranken- und Pflegeversicherung. Es wird an die jeweiligen Lebenshaltungskosten angepasst. Bedarfe wegen besonderer Lebenslagen wie Behinderung und Krankheit werden zusätzlich gedeckt. Existenzgeld soll eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern. Es muss allen Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben, ein ausreichendes Einkommen in gleicher Höhe garantieren, unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus, unabhängig von Geschlecht und Familienstand, ohne Unterhaltspflicht, ohne Arbeitszwang und ohne Bedürftigkeitsprüfung.

„Das Existenzgeld ist kein Mini-Almosen, keine eiserne Reisschüssel und keine statisch zugemessene und von postulierten Sachzwängen zustande gekommene Geldsumme. Das Existenzgeld markiert den allgemeinen Mindestbedarf zum Leben. Darin unterscheiden wir uns von den Konzepten zur Grundsicherung für Arbeitssuchende ... Mindesteinkommen und zum Bürgergeld bzw. der negativen Einkommenssteuer. Existenzgeld ist auch kein steuerliches, sondern ein soziokulturelles Existenzminimum. Wir machen eine andere Rechnung auf als die Regelsatzverordnung. Unsere Lebenshaltungskosten (Wohn- und Infrastrukturkosten, Essen, Bekleidung) messen sich nicht an der Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVA) 2003⁴¹, einer Stichprobe von ca. 55.000 zufällig ausgewählten Probanden. Wir sind nicht alle über 70 Jahre und für uns sind die unteren 20 Prozent der Einnahmegruppen der

EVS nicht maßgeblich. Wir schauen auf die Preise im Laden und auf unsere Rechnungen und orientieren uns daran“.⁴² Zur genauen Berechnungsgrundlage der Höhe des Existenzgeldes siehe den Beitrag von Wolfram Otto (siehe S. 41).

Mit dem „Take-Half-Modell“ wurde auch eine Finanzierungsgrundlage für das Existenzgeld vorgelegt. Es will nicht mit anderen Modellen konkurrieren, und es widerspricht auch nicht unserer Aussage, dass Existenzgeld in dem Umfang, wie wir es uns vorstellen, im Kapitalismus nicht möglich sein wird. Es soll nur verdeutlichen, dass die materielle Basis zur Umsetzung eines Existenzgeldes gegeben ist, aber dem politische und ökonomische Strukturen entgegen stehen. Deshalb setzt das „Take-Half-Modell“ auf eine politische Umsetzungsstrategie, die gemeinsam erkämpft werden muss. Eine konsequente Umverteilung von oben nach unten braucht Bewusstseinswandel und eine breite außerparlamentarische Bewegung.

Das Existenzgeld ersetzt Sozialleistungen wie Sozialhilfe, Arbeitslosengeld I, Wohngeld, Asylbewerberleistungen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Kindergeld, Erziehungsgeld und BaföG. Einkommen aus Renten, Pensionen und Arbeitslosengeld werden in die „Take-Half“-Regelung eingebunden.

Existenzgeld dient als Sockel. Für Personen, die in ihrer zurückliegenden Erwerbsarbeit in die Sozialversicherungen einbezahlt haben, erhöht sich dieser Betrag anteilig um die Summe, die ihnen ohnehin aus ihren Beiträgen zufließen würde. BezieherInnen von Niedrigeinkommen steht eine Aufstockung in Höhe des Existenzgeldes zu. Das Existenzgeld hätte die Funktion einer Mindestrente, eines Mindestlohns, eines Mindesteinkommens und eines Mindestkrankengeldes.

Das Existenzgeld wäre bundesfinanziert durch den bisherigen Teil des Steueraufkommens für soziale Transferleistungen und die zukünftige zweckgebundene Existenzgeld-Abgabe von 50 Prozent („Take-Half“) des Nettoeinkommens (auch auf Gewinne) jeglicher Höhe. Einzelne Steuerarten wären einzuführen bzw. neue festzusetzen – z.B.: Spekulationsgewinnsteuer, Kapitalexpertsteuer (Tobin), Körperschaftssteuer, Erbschaftssteuer usw. Die „Take-Half-Regelung“ ist eine 50-prozentige zweckgebundene Abgabe für alle.

Beispiel A bei 1.600 Euro Existenzgeld: Eine Person, die jetzt 1.600 Euro netto hat (egal ob Lohneinkommen, Kapitalerträge oder Leistungsentgelte), würde dann 800 Euro „Take-Half“ abgeben. Zu den verbleibenden 800 Euro kommen 800 Euro Existenzgeld, was wieder 1.600 Euro ergibt.

Beispiel B: Eine Person, die jetzt 10.000 Euro netto bezieht, würde dann 5.000 Euro „Take-Half“ abgeben. Zu den verbleibenden 5.000 Euro kommen 800 Euro Existenzgeld, was 5.800 Euro ergibt. Wer mehr verdient, hat dann weniger zur Verfügung und wer weniger verdient, wiederum mehr.

Es dürfte mittlerweile klar geworden sein, dass es den Erwerbslosen nicht um eine ausschließliche (möglichst hohe) Geldforderung geht, sondern darum, dass das Existenzgeld eine (wenn auch wesentliche) Forderung unter vielen anderen ist. Denn nur in der Verbindung verschiedener Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen lässt sich eine breite außerparlamentarische Bewegung entwickeln. Neben der Forderung nach Legalisierung des Flüchtlingsrechts und des Aufenthaltes Illegalisierter sind dies die Rücknahme der Privatisierung öffentlicher und sozialer Infrastruktur und die Umkehrung der gesamten Steuerpolitik zu Lasten der Konzerne und Kapitaleigner. Im Zusammenhang mit der Schaffung eines Bündnisses mit Lohnabhängigen stehen die radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein allgemeiner Mindestlohn im Mittelpunkt. Besonders die letzten Forderungen zusammen mit dem Existenzgeld bilden eine Triade, die in den letzten Jahren in sozialen Auseinandersetzungen eine gewisse Rolle spielt. Politische Ansätze, die nur einen Arbeitszeitverkürzungseffekt beabsichtigen oder ausschließlich einen Mindestlohn anstreben, greifen zu kurz.

Ihre Ergebnisse bewegen sich weiterhin im kapitalistischen Zyklus höherer Produktivität bei weniger existenzsichernden Arbeitsplätzen. Darauf zielt auch Blaschke ab: „Das Mindestlohnkonzept ist Ausdruck einer letztlich produktivitätsbedingten tarifpolitischen Schwäche der Gewerkschaften – wenn zur Produktion der für die Kapitalverwertung notwendigen Güter und Dienstleistungen weniger Arbeitskräfte gebraucht werden, werden die Arbeitskräfte prekarisiert. Das Mindestlohnkonzept ist der problematische Versuch, die Folgen der tarifpolitischen Schwäche der Gewerkschaften zu mildern“.⁴³

Erst die Kombination von Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung und Existenzgeld bringt Interessen zusammen und zeigt eine Perspektive über die Lohnarbeitsgesellschaft hinaus. Ein Existenzgeld hätte einen Arbeitszeitverkürzungseffekt, denn je höher es wäre umso größer wäre der Arbeitszeitverkürzungsanreiz für Gutverdienende und umso geringer der Arbeitszeitverlängerungsanreiz für Schlechtverdienende. Ein Existenzgeld hat einen Mindestlohn-Effekt, weil es bei entsprechender Höhe die Ablehnung von Armut- und Niedriglöhnen ermöglicht. Und schließlich kommt das Existenzgeld allen

zugute, nicht nur den Erwerbstätigen. „Das BGE stärkt einerseits im entscheidenden Maße die Wirksamkeit von Mindestlöhnen und die Umverteilung von Arbeit. Andererseits können Mindestlöhne mögliche Probleme bei der Einführung eines Grundeinkommens minimieren. Die kollektive Arbeitszeitverkürzung befördert und stabilisiert den emanzipatorischen Effekt des BGE“, so Blaschke.⁴⁴

Von verschiedenen Seiten wurde den BefürworterInnen eines Existenzgeldes vorgeworfen, sie würden die Gesetze des Marktes, der Warenproduktion und Kapitalverwertung aus ihren Überlegungen ausklammern. Ein „richtiges“ Leben im falschen System sei nicht vorstellbar. Erst mit der Beseitigung des kapitalistischen Systems sei ein solches Leben überhaupt denkbar. Alles andere führe dann unweigerlich zu einer Bezugnahme auf und Integrationstendenzen in kapitalistische Strukturen („abgemilderter Kapitalismus“).

Diese Argumentation „vergisst“ einen wesentlichen Aspekt: „Leben trotz Kapitalismus bedeutet, nicht zu warten, um zu leben ... Wir können nicht darauf warten, dass die Zeit reif ist. Wir müssen jetzt revoltieren, wir müssen jetzt leben.“ (John Holloway)

Ein richtiger Gedanke wird nicht automatisch zum Massengedanken. Es braucht, wie bereits betont, Zwischenschritte, die überzeugend auf eine weitergehende gesellschaftliche Perspektive hinweisen. Orientierungspunkt für mich ist der von Joachim Hirsch geprägte Begriff des „radikalen Reformismus“. Dabei handelt es sich um eine Strategie, die „nicht vorrangig auf ‚Eroberung‘ und Gebrauch der Staatsmacht, sondern ihre Zurückdrängung, nicht auf bürokratische Kontrolle, sondern Selbstorganisation, nicht Verstaatlichung der kapitalistisch geformten Produktionsmittel, sondern auf ihre grundlegende Umgestaltung ...“⁴⁵ zielt. Es geht darum, „kapitalistische Reformpolitik, die notwendig etatistisch sein muss und die die materielle Bedingungen und Spielräume zu schaffen hat für die Durchsetzung und Praktizierung alternativer Lebensformen, für die Erweiterung von Selbstverwaltung und Selbstorganisation sowie für außerinstitutionelle politische Bewegung“.⁴⁶

Entscheidend bei der Aufstellung von Strategien und Forderungen, die nicht in eine kapitalbestimmte Strategie eingebettet sind, ist die Analyse, inwieweit sie das herrschende Bewusstsein umwälzen können, ob sie in der Lage sind, eine breite außerparlamentarische Bewegung zu formieren und ob sie substantiell eine gesellschaftliche Perspektive enthalten.

Aber auch ein Zusammenspiel sozialer Bewegungen mit gelebten Alternativmodellen ist unumgänglich. Dort finden sich auch Schnittmengen zur Debatte um ein Existenzgeld. Es gilt bereits jetzt, Umriss einer anderen Gesellschaft zu konzipieren und wo möglich auch zu leben. Ziel wäre es, in Anlehnung an Andre Gorz, die Arbeit in kontinuierlicher Form von der Tyrannei des Lohnsystems zu befreien und in Selbsttätigkeit aufzuheben.

Die Mutmaßungen Rainer Roths,⁴⁷ das Existenzgeld sei nach unserem Konzept heute oder morgen einführbar und deshalb eine Tagesforderung, trifft nicht zu und ist deshalb zurückzuweisen. Genauso wenig ist Existenzgeld nur eine Geldforderung, sondern eine gesellschaftliche Konzeption und ein Diskussionsvorschlag, wie eine andere Welt auch aussehen könnte, an der sich möglichst viele MitkämpferInnen theoretisch und praktisch beteiligen sollen. Nur in den tagtäglichen individuellen und kollektiven Kämpfen von Erwerbslosen und Erwerbstätigen wird sich langsam der Wille zu einer freiheitlicheren Form des Tätigseins manifestieren!

Bereits 1996 setzten die Erwerbslosengruppen konkrete Bezugspunkte auf dem Weg zum Existenzgeld: „Bis zur Durchsetzung des Existenzgeldes geht es um Zwischenschritte, die es hier und jetzt umzusetzen gilt. Dazu haben die Erwerbsloseninitiativen zentrale Forderungen aufgestellt. Sie machen deutlich, dass das Existenzgeld nicht nur eine Geldforderung ist, sondern nur im Zusammenhang mit der Verbesserung der Lebensqualität zu sehen ist:

- Arbeitslosengeld für alle über die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit sowie deren Erhöhung
- Abschaffung von Sperrzeiten und Anwartschaftszeiten
- Abschaffung aller Formen von Zwangsarbeit und Pflichtdiensten
- Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen“⁴⁸ usw.,

Das sind alte Forderungen, die heute noch genauso aktuell sind, allerdings auch ergänzt werden mussten (v.a. im Zusammenhang mit der Entwicklung zu Hartz IV)⁴⁹.

Insbesondere in den letzten Jahren, im Zusammenhang verschiedenster sozialpolitischer Protestereignisse und im gemeinsamen Diskussionsprozess mit Gewerkschaftslinken und der globalisierungskritischen Bewegung entwickelte sich die oben bereits beschriebene Triadenforderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn und BGE. Gleichzeitig entstanden in dieser Zeitspanne erste Diskussionsergebnisse über den Ausbau einer umfassenden sozialen Infrastruktur als Alternative zum lohnarbeitsbezogenen Sozialstaat,⁵⁰ die direkt in unsere Debatten über Existenzgeld einfließen – so zum Beispiel die Frage, was

eigentlich die Prinzipien einer Sozialpolitik zur Sicherung der sozialen Infrastruktur sein könnten, und wie sich Bildung oder Gesundheit als Infrastruktur neu denken lässt. Das Existenzgeld ist dabei notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung.

Insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen oder Personen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, verschärft sich deren Situation nicht nur aufgrund der Einkommensarmut, sondern auch weil die öffentliche Infrastruktur (Verkehr, Versorgung, Entsorgung, Kommunikation usw.) und die soziale Infrastruktur (Bildungseinrichtungen, Kinderbetreuung, Krankenhaus, Pflegedienste, kulturelle Einrichtungen usw.) unerschwinglich geworden sind. Aus dieser Einschätzung heraus erfolgte die Formulierung einer „Logik des Bereithaltens von Infrastruktur für das gute Leben aller“⁵¹, in der das Existenzgeld eine Ressourcenkomponente darstellt. Diese Bereitstellung umfasst unter anderem Einrichtungen der Gesundheitssicherung, der Bildung, des Transports, des Wohnens und Essens. Sie sollen allgemein und kostenlos zur Verfügung gestellt werden. „Vor allem ist eine Aufwertung aller Arten der informellen Arbeit und eine Relativierung des Stellenwerts von Lohnarbeit nötig.“⁵² Das aber setzt, damit es in sozialer Praxis erfahren werden kann, eine Sozialpolitik losgelöst von Lohnarbeit voraus. Erst auf der Grundlage einer solchen Erfahrung von sozialer Infrastruktur (und der Kämpfe darum) wird sich der Arbeitsbegriff realitätsangemessen erweitern lassen und der Lohnarbeits-Fetisch aufgegeben werden können. Unter dieser Voraussetzung könnten auch in der (noch) gesicherten Lohnarbeit neue, über Lohn und Sicherheit hinausgehende Interessen auftreten, beispielsweise dafür, was das eigentlich ist, das man produziert, und welche Kosten diese Produktion (z.B. für die Umwelt, aber auch für das soziale Zusammenleben) hat“.⁵³

Es geht also auch darum „grundsätzlich andere Vergesellschaftungsformen zu thematisieren“,⁵⁴ die nicht durch Ware und Geld vermittelt werden. Und es geht um „die Verfügbarkeit von für ein vernünftiges Wesen relevante Güter und Dienste für alle und ohne Bezahlung“⁵⁵ etwa für die Gesundheit, die Bildung, das Wohnen und den Verkehr. „Eine Ausweitung der Bereitstellung öffentlicher Güter müsste mit neuen, demokratischen Formen ihrer Entwicklung und Verwaltung einhergehen“.⁵⁶

Aufbauend auf diesen allgemeinen Ansatz einer sozialen Infrastruktur entwickelte die Gruppe *links-netz* eine Konkretisierung für die Bereiche Gesundheit⁵⁷ und Bildung⁵⁸.

Besonders für den Gesundheitsbereich geben die AutorInnen interessante Hinweise wie ein demokratisches, soziales und menschenwürdiges Gesundheitssystem aussehen könnte, das allen Menschen in gleicher Weise „eine umfassende medizinische Versorgung, unabhängig vom Einkommen und der Art der Tätigkeit, von Alter, Geschlecht und Staatsbürgerschaft garantieren kann und soll“.⁵⁹

Ich hoffe, es wurde deutlich, worin die wesentlichen Unterschiede zwischen dem Konzept Existenzgeld und anderen Vorschlägen oder Vorstellungen liegen.

Existenzgeld in Zusammenhang mit dem Ausbau einer sozialen Infrastruktur ist in Zeiten der angeblichen Alternativlosigkeit zu den gegebenen ökonomischen und politischen Sachzwängen ein Gegenentwurf zum bestehenden kapitalistischen Zwangssystem.

Nach Reitter beseitigt das Existenzgeld die Lohnarbeit zwar nicht, aber es „relativiert sie, ... nimmt ihr den Stachel ... (und) ... öffnet das Tor zu einer nachkapitalistischen Gesellschaft“⁶⁰ und es anerkennt „die allgemeine gesellschaftliche Existenz des Menschen und seinen nicht messbaren Beitrag zur Gesellschaft“.⁶¹

Die Höhe des Existenzgeldes orientiert sich nicht am zugewiesenen Haushaltset der Bundesregierung, sondern an der Frage, was braucht der Mensch zum leben? Deshalb beteiligen wir uns auch nicht an diversen haushaltstechnischen Finanzierungsüberlegungen.⁶² Entscheidend ist für uns nicht das politisch Machbare, sondern das politisch Mögliche. In diesem Zusammenhang ist unser Finanzierungsvorschlag als politische Kampfansage mit dem Ziel einer Umverteilung von oben nach unten zu sehen.

Der Weg hin zum Existenzgeld wird nicht über das bürgerliche Parlament führen, sondern über eine breite Bewusstseinsbildung und der daraus resultierenden antikapitalistischen außerparlamentarischen Bewegung.

Erst in den alltäglichen Kämpfen von Erwerbslosen und Erwerbstätigen wird es möglich sein, lohnarbeitszentriertes Bewusstsein aufzubrechen. Bündnispolitisch gesehen geht es um die Verbindung von kurzfristig erreichbaren Forderungen und einer für jede und jeden nachvollziehbaren Zielbestimmung. Die Triadenforderung ebenso, wie der Kampf für eine soziale Infrastruktur bieten hierfür günstige Voraussetzungen. Als Zielbestimmung eröffnet Existenzgeld „den Horizont für Überlegungen, was und wie, wie lange sowie zu welchem Lohn ich gerne arbeiten würde, wenn ich überhaupt den ‚Luxus‘ zur Wahl hätte. Sie eröffnet den Horizont für Selbstachtung und Selbstbewusstsein und damit den Weg für ein anderes Handeln bereits heute“.⁶³

Die Forderung nach einem Existenzgeld besitzt (auch heute schon) eine systemsprengende Funktion, dass sie die Abhängigkeit und Erpressbarkeit von Erwerbslosen und Erwerbstätigen verdeutlicht, einen Desillusionierungsprozess über den Kapitalismus einleiten kann und somit Alternativen denkbar macht. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass die Hoffnungen von Althaus und anderen auf den sozialen Frieden durch Armenfürsorge vereitelt werden.

Noch längst sind wir nicht in der Lage auf alle Fragen eine klare Antwort zu geben, aber uns ist klar, dass das Konzept Existenzgeld einen entwicklungsfähigen Ansatz bietet, der in Theorie und Praxis Stück für Stück weiterentwickelt werden muss.

In diesem Sinne – an die Arbeit!

Das Prinzip des Existenzgeldes wurde in früheren Jahren so ausgedrückt: „Eine Gesellschaft, die mir möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (Marx/Engels: Deutsche Ideologie)

*) Einleitung zu „Existenzgeld Reloaded“ - das von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiativen herausgegebene Buch (ISBN 978-3-930830-96-1 – 2008 – 143 Seiten – 16 €). Siehe dazu Infos und Bestellung beim Verlag AG SPAK: <http://www.agspak.de/>

Anmerkungen

- 1 BAG der Sozialhilfeinitiativen (Hg.), Existenzgeld für Alle, Neu-Ulm 2000, S.55
- 2 Im November 2004 fand in Mainz der Zusammenschluss zwischen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen (BAG-SHI) und der Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbsloseninitiativen (BAG-E) zur Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiativen (BAG-SHI) statt.
- 3 siehe: tageszeitung vom 13.02.2007
- 4 so z.B. Roth, R., Zur Kritik des bedingungslosen Grundeinkommens, Frankfurt 2006
- 5 Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut (Hg.): Existenzgeld. 10 Positionen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten, Frankfurt 1996
Krebs, H.-P./Rein, H. (Hg.), Existenzgeld. Kontroversen und Positionen, Münster 2000
- 6 Arbeitsloseninitiativen der BRD und Westberlin (Hg.), 1. Bundeskongress der Arbeitslosen, Frankfurt 1983
- 7 Existenzgeld. 13 Thesen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten, Oldenburg 1992
- 8 Existenzgeld. 10 Positionen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten, Frankfurt 1996
- 9 siehe: Existenzgeld. 13 Thesen ..., a.a.O.
- 10 siehe: BAG-SHI (Hg.): Existenzgeld für Alle ,a.a.O.
- 11 ebenda
- 12 Ausgenommen sind die kurzzeitig aufflackernden Diskussionsstränge bei den frühen GRÜNEN und im libertären Umfeld, siehe Schmid, T. (Hg.): Befreiung von falscher Arbeit, Berlin 1984 und Opielka, M./Vobruba, G. (Hg.): Das garantierte Grundeinkommen, Frankfurt 1986, sowie im autonomen Spektrum, siehe Autonomie (1976), Heft 2 und Autonomie Neue Folge (1982), Heft 11.
Im März 1999 organisierte die Berliner Gruppe FeLS (Für eine linke Strömung) einen Existenzgeldkongress in Berlin, der bei Krebs, H.P./Rein, H. (Hg.), a.a.O. dokumentiert wurde. Und schließlich sei auch auf die deutsche Ausgabe des Buches von Andre Gorz „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ im Jahre 2000 hingewiesen, indem sich Gorz zu einem bedingungslosen Grundeinkommen bekennt. Dies forcierte intensive Debatten in intellektuellen Zirkeln.
- 13 Gertke, A./Rätz, W. u.a. (Hg.): Einkommen zum Auskommen, Hamburg 2004
- 14 siehe: Klein, A., Ein garantiertes, individuelles Mindesteinkommen, in: Runder Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen (Hg.): Nach den Sternen greifen..., Berlin 2005, S.34ff.
- 15 Der Arbeitslosenverband Deutschland e.V. fordert: Statt Hartz IV und Armutsarbeit – Mindesteinkommen und Mindestlohn. Vorschläge für eine gerechte und solidarische Gesellschaft, Berlin/Leipzig 13.06.05
- 16 siehe: www.die-soziale-bewegung.de
- 17 siehe Fußnote 9
- 18 Ergebnisse sind abgedruckt in: Runder Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen (Hg.): „Nach den Sternen greifen...“ Beiträge zur Debatte über ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, Berlin 2005
- 19 siehe: www.grundeinkommen.de
- 20 Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt – Österreich, Netzwerk Grundeinkommen – Deutschland (Hg.): Grundeinkommen – in Freiheit tätig sein. Beiträge des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongresses, Berlin 2006
- 21 Alex, A., Rede auf der Aktionskonferenz in Frankfurt am Main, 18.01.2004, in: quer Februar 2004
- 22 Dahrendorf, R., Auf der Suche nach einer neuen Ordnung, München 2003, S.79
- 23 Anders, G., Die Antiquiertheit des Menschen, Band 2, München 1987, S. 99
- 24 Gorz, A., Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt 2000, S.126
- 25 Sie geben den „linken“ Flankenschutz für derartige Vorschläge, indem sie deren Begrifflichkeiten übernehmen und für eine „Erhöhung des Arbeitsanreizes“ bzw. „Subvention von Niedrigeinkommen“ Alternativen anbieten; siehe: Das Solidarische Bürgergeld, Konrad-Adenauer-Stiftung 2007, S. 117ff. Es ist nun eben so im politischen Leben, wie Robert Misik in der taz feststellt, „dass man das Richtige kaum mehr wieder erkennt, wenn es einmal von der Gegenseite ordentlich durchmassiert worden ist.“ (31.03.2007). Beide Autoren massieren kräftig mit!
- 26 siehe www.grundeinkommen.de
- 27 brand eins, Heft 07/05, S. 62

- 28 Hönigsberger, H.: Die Basis der Republik, in: Kommune Heft 1/2007
- 29 Stern Heft 17/2006
- 30 a tempo Heft 60/2004, siehe auch: Werner, G: Ein Grund für die Zukunft; das Grundeinkommen, Stuttgart 2006
- 31 Stern Heft 5/2006
- 32 Basler Zeitung 14.10.2006
- 33 aus einem Interview im stern Heft 5/2006
- 34 www.freiheitstättvollbeschaeftigung.de
- 35 redaktionelle Vorbemerkung zu Liebermann, S.: Freiheit ist eine Herausforderung, Vertrauen ihre Voraussetzung bei www.links-netz.de Mai 2006
- 36 Vor Kurzem sprach sich der Zukunftsforscher Horst Opaschowski für ein sogenanntes minimales Existenzgeld aus (siehe taz vom 28.08. 2007). Dabei handelt es sich allerdings um eine Armenfürsorge mit Gegenleistungsverpflichtung, die nicht das geringste mit unserem Konzept zu tun hat.
- 37 siehe Fußnote 26
- 38 Engels, F.: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Marx, K./Engels, F.: Ausgewählte Schriften, Band II, Berlin 1970, S.122
- 39 vgl.: Altvater, E./Sekler, N., (Hg.): Solidarische Ökonomie, Hamburg 2006
- 40 „Gibt es eine Alternative zum neoliberalen Sozialstaatsabbau? Umriss eines Konzepts von Sozialpolitik als Infrastruktur“, in: www.links-netz.de
- 41 Grundlage für die Bestimmung des Eckregelsatzes bei Arbeitslosengeld II in Höhe von 347 Euro im Monat für einen Alleinstehenden
- 42 Alex, A., Existenzgeld für Alle, in: Future Weekend 2006, Oktober 2006 Berlin
- 43 Blaschke, R., Bedingungsloses Grundeinkommen, Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Dresden Juni 2006
- 44 ebenda
- 45 Hirsch, Joachim, Für einen radikalen Reformismus, in: „links“, Heft 11/1986, S.21
- 46 ebenda, S.22
- 47 Roth, R., Zur Kritik des bedingungslosen Grundeinkommens, Frankfurt 2006
- 48 Existenzgeld. 10 Positionen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten. Hg: Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut 1996
- 49 siehe aktuelle Fassung des Frankfurter Appells von 2006 bei: www.Protest2006.de
- 50 siehe: www.links-netz.de
- 51 Steinert, H., Die Infrastruktur des guten Lebens aller: Über die Notwendigkeit einer sozialen Sicherung, die von Lohnarbeit unabhängig ist, siehe: www.links-netz.de
- 52 Bereits heute, so Steinert, wird der größte Teil dessen, wovon wir leben, nicht als Waren gekauft, sondern in Hausarbeit, Eigenarbeit und gemeinsamer Arbeit auf Gegenseitigkeit zustande gebracht.
- 53 ebenda
- 54 Hirsch, J., Soziale Infrastruktur und Politik: der Kampf um öffentliche Güter, siehe: www.links-netz.de
- 55 ebenda
- 56 ebenda
- 57 Soziale Infrastruktur im Gesundheitsbereich: Überlegungen zu einer „Reform“, die ihren Namen verdient, siehe: www.links-netz.de
- 58 Brüchert, O., Warum es sich lohnen könnte, Bildung als Infrastruktur zu denken, in: Widersprüche Heft 97/2005
- 59 siehe Fußnote 57
- 60 Reitter, K., Garantiertes Grundeinkommen jetzt!, in: grundrisse Heft 12/2004, S.35
- 61 Reitter, K., Grundeinkommen als Recht in einer nachkapitalistischen Gesellschaft, in: grundrisse Heft 13/2005
- 62 Auf weitere Aspekte in diesem Zusammenhang verweist Rätz, W.: Für ein bedingungsloses Grundeinkommen sind Finanzierungsmodelle unvermeidlich, aber schädlich, in: Netzwerk Grundeinkommen Newsletter Nr. 9/November 2006
- 63 Wompel, M., Unterwürfigkeit bekämpfen ... statt ausleben, in: graswurzelrevolution März 2007